

Cübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Telefon Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgepaßte Zeitseite oder deren Raum 200 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pf., Reklamen 800 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, frühere schriftlich, in der Expedition abgegeben werden.

Der „Cübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags außer in Sonn- und Feiertagen und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu bestellen. — Der Abonnement ist preisfrei bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 7.00 M.

Nr. 268.

Dienstag, den 15. November 1921.

28. Jahrgang.

Suddeutschlandshammer!

Dr. L. Cübed. 15. November.

Wie eine Bombe hat in den guten Stuben und den eten Köpfen des Bürgertums der sozialistische Sieg am Sonntag eingeschlagen. Man steht mit hängenden Händen und im Schmutz rießend um das schöne Bärenfell, das an verteilt hatte, ohne den Bären zu haben. Und man zieht mit leeren Händen; und man heult, klagt, schlucht und lacht; und man eröffnet eine ganz gemütliche Feierstunde — unter sich. Nachdem es nicht gelang, Dumme zu finden, sucht man Schuldige.

Die bürgerliche Presse kommt fast um vor Gestöhnen und Schimpfen. An der Spitze läuft, wie meist, das einst so geschwätzige „Amtsblatt“. Sein „Abhören“ ist er selbst verdeckt, sich augen- und silberbekleidet der schweren Pflicht, den Besuchern die bittere Niederlage leicht angezündet schluchzen einzugeben. Nach diesem Tanzen, Drehen und Schlängeln findet er schließlich den Grund der Niederlage. Römisch: „Allerdings war das Wohlgeheimnis so gut wie nicht vorhanden, denn es gab an vielen Stellen keine Wahlzellen, bezw. sie waren derart, daß sie nicht wirklich abgeschlossen waren, oder ja verdeckt angebracht, daß niemand sie aufsuchte. Wer unter diesen Umständen als einzelner hinzugezogen wäre, würde sich in den Augen der überwachenden Parteigenossen „verdächtig“ gemacht.“ So geschah dies selbst so, wo Zellen vorhanden und feindlich abgeschlossen waren, so gut wie garnicht. Um wirklich geheim zu wählen, müßte jeder Wähler verpflichtet sein, seinen Stimmzettel nur in der alten Stütze entzogenen Zelle in den Umschlag zu stecken.

Die nicht unbedingt gewährleistete Gehirnhaltung der Wahl jedes einzelnen drückt naturnäher besonders stark auf das nichtsozialistische Wahlergebnis, denn mancher, der es unter dem Terror nicht wagte, den sozialistischen Parteien offen den Rücken zu kehren, aber gern bei wirklich geheimer Wahl einen nichtsozialistischen Stimmzettel abgegeben hätte, wird es nicht gewagt haben, vor den Augen der „Genossen“ einen Stimmzettel in den Umschlag zu stecken, der seinen Wünschen entsprechen hätte, aber gegen die „Parteidisziplin“ verstößen hätte.

Es ist klar, daß hierdurch eine starke Wahlbeeinflussung stattgefunden hat und es bleibt zu erwägen, ob die Wahl unter diesen Umständen gültig ist oder beanstandet werden muß. Dies bedarf dringend der Klärung und eingehender Prüfung.“

Wir wollen auf den Blödsinn nicht näher eingehen. Erinnert sei nur an die Tatsache, daß die Freunde des Amtsstuhles in Preußen stets die größten Feinde jeder geheimen Wahl waren. Zustan, wie hast du verändert!

Wieder und wieder droht auch der „General-Anzeiger“, während er den Bürgerbund weidlich vor der Einheitsliste verteidigt hat, in die gleiche Trompete:

„Vielfach ist das Wahlgeheimnis infolge nicht gewahrt worden, als in verschiedenen Wahllokalen Wahlzellen nicht vorhanden waren, die Stimmzettel in die Umschläge also öffentlich eingelegt werden mußten. Es bleibt abzuwarten, ob das zu einer Beanstandung der Wahl führen wird.“

Da alle Parteien vor der Wahl damit einverstanden waren, daß auf den Einbau abgeschlossener Zellen verzichtet würde, so ist diese nachträgliche Entrüstung direkt lächerlich. An der Gültigkeit der Wahl ist auch nicht der mindeste Zweifel möglich. Aber — würde tatsächlich nochmals gewählt, so erlitten die bürgerlichen Listen noch viel grauenhaftere Verluste. Ein einfacher Blick über die Wahlbezirke zeigt, wie schlecht in manchen Arbeiterstraßen gewählt wurde; während z. B. das Kolosseum-Villenviertel den letzten Mann auf die Beine brachte.

Deshalb sind auch die ganzen Klagesieder über die schlechte Wahlbeteiligung des Bürgertums heuchlerischer Schwundel. In Wirklichkeit röhrt der Zusammenbruch der reaktionären Liste davon her, daß viele Intellektuelle, Beamte und Kleinbürger sich voller Ekel von dem Behausungen abwandten und sozialdemokratisch wählten. Und ferner davon, daß nicht eine einzige Arbeiterstimme nach rechts fiel, und die arbeitende Bevölkerung ist eben immer in der Mehrheit. Wäre ihre Wahlbeteiligung größer gewesen, so hätte die Sozialdemokratie noch viel glänzender abgeschnitten. Für die Zukunft bleibt für uns in dieser Richtung noch viel zu tun übrig.“

Hebrigens ist noch eine Bemerkung des „General-Anzeiger“ interessant:

„Dass der neue Haus- und Grundeigentümerverein eine eigene Liste ausschließe, war im Interesse des bürgerlichen Gedankens kein Fehler.“

Ob nicht doch manchem Arbeiter, der die Hausbesitzer wählte, unterdes ein Licht aufgegangen ist, daß er sich irreteilen ließ? —

Manches wäre nachzutragen aus den letzten Tagen des Wahlkampfes und über die Wahl selbst. Aber wir wollen einen Strich machen unter die unerfreuliche unanständige und persönliche Kampfweise der vereinigten bürgerlichen Parteien. Sie haben sich selbst gerichtet, und den gerechten Lohn in Empfang genommen. In der gestrigen Bürgerschaftssitzung die langen und verregneten Gesichter der vornehmen Herren auf der Rechten zu sehen, war beiwohne ein Vergnügen; die Kuchenjammerstimmung aber und die gegenseitigen Prügeleien im geschlossenen Kreise wären ein Stoff, würdig der Feder eines Wilhelm Busch.

Der Demokratische Vortag für den Schutz der verfassungsmäßigen Flagge.

In der Montagsitzung des demokratischen Parteitages in Bremen wurden die Anträge zur Flaggenfrage behandelt. Soweit es der offenbar sehr zugunsten der Schwarz-weiß-roten erfährt Bericht des „Hamb. Fremdenbl.“ erkennen läßt, hat die Abhängigkeit von Schwarz-rot-gold schließlich doch den entscheidenden Sieg davongetragen, wenn der angenommene Beschluß für den Schutz der verfassungsmäßigen Flagge einzutreten, auch durch den Zusatz, durch die Fortsetzung des unfruchtbaren Streites sollte die Geschlossenheit der verfassungstreuen Parteien nicht gefährdet werden, auch eine orge Verwässerung bedeute! Denn unter den verfassungstreuen Parteien sollte es einen Streit um die Flagge der Republik überhaupt nicht geben. Es ist das Unglück der deutschen Demokraten, daß sie auch in dieser Farbenfrage, in der sie noch viel mehr als Zentrum und Sozialdemokraten sich für unbedingtes Festshalten an Schwarz-rot-gold aussprechen müssen, erst nach langem Hin und Her zu einer Entscheidung gelangt sind, die nur allzulehr von der öster. demokratischen Unzug der Komromissbrauch angekränkt ist. Es standen sich gegenüber: der Antrag Hamburg-Hannover, der die Flaggenfrage als lebenswichtig für die Republik bezeichnet und von der Partei erwartet, daß sie sich rücksichtslos auf den Boden der Weimarer Beschlüsse stellt, und ein Antrag Bremen, der die ganze Frage als unerwünscht bezeichnet und eine Ablehnung aller Flaggenanträge wünscht.

In der Aussprache trat Blaten-Hamburg für den Antrag Hamburg-Hannover ein und bekämpfte den Antrag Bremen. In der Abstimmung sei Schwarz-rot-gold verurteilt und mehr als einmal sei in diesem Jahre das Bekennnis zur Verfassung abgelegt. Der Parteitag müsse sich schügend vor die Farben der Republik stellen. Zu dem Widerspruch aus Hanseatenkreis erinnert Redner daran, daß seinerzeit der Vertreter Hamburgs bei Bismarck gegen Schwarz-weiß-rot protestiert habe. Am 1. Januar lasse die Freiheit für die alte Handelsflagge ab und so müsse der Parteitag heute im wahrsten Sinne des Wortes Farbe bestimmen.

Der Kremer Delegierter Schirrig und der bayerische Handelsminister Hamm wollten von Farbenbekennen nichts wissen. Sie meinten, daß ein sichtbares Zeichen für das demokratische Glaubensbekenntnis nur zerstörend wirken könnte; besonders müßten auch die Auslandsdeutschen erhalten, um den alten Sämpfend zu stärken, daß draußen nur die „reine“ Schwarz-weiß-rote Fahne hochgehalten werde. Daß es gerade bei den Kundgebungen der Auslandsdeutschen sich nur um ganz bestimmte, engbegrenzte, nationalistisch gesinnte Kreise handelt, die republikanisch gesinnte Deutsche im Ausland kaum noch zu Worte kommen lassen, wurde verschwiegen. Dafür erhob man aber vor dieser Seite gegen den Hamburger Antrag den Einwand, er sei nur von einer kleinen Gruppe gestellt. Landahl-Hamburg erwiderte hierauf, der Hamburger Beschluß sei einstimmig von mindestens 250 Mitgliedern der Partei gesetzt. Nur acht Mitglieder des Ausschusses für Handel und Industrie seien für die alten Farben. (Beispiel.)

Der Antrag auf Absehung und Ablehnung der Flaggenfrage an den Vorstand wurde abgelehnt.

Dann sprach Professor Quidde-München. Er sagte: Die Schwarz-rot-goldenen Farben sind in der Vergangenheit die Farben der Demokratie gewesen. Die Schwarz-rot-goldene Fahne war dem preußischen König zu demokratisch, deshalb wurde 1871 die Schwarz-rot-goldene Fahne eingeführt. Es gäbe auch die Vereinigung mit Österreich unter dem Schwarz-rot-goldenen Banner. Schwarz-weiß-rot sei heute die Farbe der Konterrevolution geworden, wie das der Kapp-Putsch gezeigt habe. (Lebh. Beifall.)

Der Parteivorsitzende Dr. Petersen hörte wiederum den Parteitext zu bewegen, sich zwischen die bewußten zwei Stühle zu setzen. Er warnte davor, irgendeinen Beschluß zu fassen. Die Frage könne erst entschieden werden, wenn eine große Mehrheit für die Aenderung der Flagge vorhanden sei. Dieselbe unklare Haltung nahm der Reichsminister a. D. Koch ein. Danach kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Frankfurter Delegierten Korf und Dr. Petersen, der sich von Korf sagen lassen mußte, daß seine Rede den Eindruck mache, als ob er nichts gelernt habe. Der Rheinländer Brill mußte dann erst wieder an die Zustände im besetzten Gebiet erinnern, um darzutun, daß die Uneinigkeit in der Flaggenfrage doch recht beschämend für ein Volk sei, das so sehr die Einigkeit nötig habe, wie jetzt das deutsche. Während der Aussprache war dreimal ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt und abgelehnt worden, nachdem der Parteivorsitzende sich selber gegen Schluß der Debatte ausgesprochen hatte. Außerdem war eine Reihe weiterer Anträge eingebracht worden. Nachdem noch einige Redner teils für, teils wider gesprochen hatten, wurde folgender Antrag Meyer-Berlin eingebracht:

„Die Deutsche Demokratische Partei verurteilt die verdeckte parteipolitische Nutzung der Flaggenfrage. Sie trifft nach mir für den Schutz der verfassungsmäßigen Flagge ein und wortet, durch die Fortsetzung unfruchtbaren Streites die Geschlossenheit der verfassungstreuen Parteien zu gefährden.“

Dieser Antrag wurde unter großem Beifall gegen eine ganz kleine Minorität angenommen, nachdem die meisten ordnen Anträge zu seinen Gunsten zurückgezogen worden waren. Der Rest der Anträge war damit erledigt.

Die Washingtoner Konferenz.

Der Inhalt des amerikanischen Abrüstungsvorschlags.

Nach der Rede Hardings und nach der Wahl des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten Hughes zum ersten Vorsitzenden, ergriff dieser das Wort, um den Abrüstungsvorschlag der Vereinigten Staaten vorzubringen und zu verteidigen. Es wäre dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, je führte er aus, angenehm gewesen, alle Mächte nach Washington einzuladen, aber da die Kontrolle über die Rüstungen in den Händen der alliierten und assoziierten Hauptmächte liege, habe man die Einladung auf diese Gruppe beschränkt und im übrigen nur die Mächte herangezogen, die an der Regelung der Frage im jenen Osten direkt beteiligt seien, also Belgien, Holland, Portugal und China. Ein Abrüstungsvorschlag sei an und für sich nichts Neues. Bereits das Manifest des ehemaligen Zar Nikolaus II. habe darauf hingewiesen, wie gänzlich unproduktiv die übertriebenen Rüstungsausgaben seien. In der Tat sei die Krise in der Weltwirtschaft zum großen Teil auf die übersteigerten Rüstungen und ihre Folgen zurückzuführen. Die Fortdauer dieser Zustände müsse zur Katastrophe führen. Deshalb sei es unbedingt geboten, sich in den militärischen Rüstungen Beschränkungen aufzuerlegen. Am besten beginne man mit der Beschränkung der Seerüstungen, da man hier sofort und wirksam vorgehen könne. Das Hauptziel liege in dem Wettbewerb der verschiedenen Flottenbauprogramme. Diesem Zustand müsse ein Ende gemacht werden. Das erfordere aber Opfer auf allen Seiten.

Namens der Delegation der Vereinigten Staaten machte Hughes darauf folgende Vorschläge:

Die beteiligten Mächte beginnen sofort mit einer Schiffsbaupause, deren Dauer auf zehn Jahre festgesetzt wird. Bei Annahme des Programms seien die Vereinigten Staaten bereit, ihre fünfzehn augenblicklich im Bau befindlichen Kriegsschiffe zu streichen.

Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Japan werden künftig insgesamt sechsundsechzig Großkampfschiffe mit einem Gesamttonnengehalt von 1.878.043 Tonnen aus der Liste der Kriegsschiffe streichen; davon entfallen auf die Vereinigten Staaten 845.740 Tonnen, auf Großbritannien 583.375 Tonnen und auf Japan 448.928 Tonnen.

Großbritannien wird also 22 Großkampfschiffe (603.450 Tonnen), Amerika 18 (500.650 Tonnen) und Japan 10 (299.600 Tonnen) behalten.

für diese Schiffe dürfen innerhalb zehn Jahren keine Erweiterungen vorgenommen werden. Nach Ablauf dieser zehn Jahre soll für die Flottenstärke eine Grundlage von je 500 000 Tonnen für England und die Vereinigten Staaten und von 300 000 Tonnen für Japan gelten.

Im weiteren Verlauf seiner Rede schlug Hughes vor, sofort in die Erörterung der Abrüstungsfrage einzutreten und die Frage des Stillen Ozeans und fernern Orients dem gegenüber vorläufig zurückzustellen. Da bei der Frage der Seerüstungen Italiens und Frankreichs infolge des letzten Krieges besondere Bedingungen vorlagen, schlägt er vor, auch diesen Gegenstand später zu erörtern.

Nach der Rede von Hughes, die große Bewegung hervorrief, wurde eine Abrüstungskommission aus den Führern der Abordnungen der fünf Großmächte gebildet; dazu treten als Beigeordnete für die Fragen des Stillen Ozeans je ein Abgeordneter der vier anderen Mächte.

Balfours Antwort an Hughes.

Washington, 15. November.

Wie ein hervorragendes Mitglied der britischen Delegation erklärte, soll Balfour heute die Erklärung abgeben, daß England die von Hughes bekanntgegebenen Vorschläge für die Beschränkung der Seerüstungen im Prinzip annimmt, daß die britische Regierung sich jedoch vorbehält, eine Einschränkung der zulässigen Grenze für Unterseebootbauten vorzuschlagen. Ferner will die britische Regierung eine Änderung der Vorschläge betreffend das Verbot von Unterseebooten beantragen. — Noch derselben Quelle geht die allgemeine Ansicht davon, daß die wirtschaftlichen Züge einer späteren Konferenz vorbehalten bleiben sollen. Frankreich hat sich bereit erklärt, lebt die Frage der Amortisierung der Kriegsschulden auszurossen.

Japan einverstanden.

Washington, 15. November.

Admiral Kaio hat Souveränen gegenüber erklärt, Japan würde nicht mit Amerika und England in den Rüstungen zur See wettkämpfen. Japan habe seine Kriegsschiffe nur zu Defensivzwecken gebaut und nachdem die Ursachen der japanischen Befürchtungen jetzt beseitigt seien und auch Amerika von Japan nichts zu befürchten habe, könne eine Übereinstimmung nicht ausbleiben.

Ende des Generalstreiks in Italien.

Rom, 15. November.

Die Arbeit ist allgemein wieder aufgenommen worden. Im Verlaufe der Karlsruhe während des Generalstreiks sind sechs Kommunisten und ein Fasist getötet worden. In Neapel streiken die Eisenbahner aus wirtschaftlichen Gründen weiter.

Rücktritt der ungarischen Regierung.

Budapest, 15. November.

Die Regierung Bethlen ist zurückgetreten. Der Reichsverwalter erkannte die Regierung um Weiterführung der Geschäfte bis zu seiner Entscheidung über die Demission.

Rundgebung des deutschen Mieterbundes.

Dresden, 14. November.

In einer aus allen Teilen des Reiches bestellten Gesamtversammlung des Bundes Deutscher Mietervereine wurde folgende Entschließung gefasst:

1. Es verwirkt mit aller Entschiedenheit die Beschlüsse der Sozialisierungskommission wegen der Freigabe der Gewerbetreibenden vom Mieterabzug. Eine derartige Freigabe würde der Ausmietung und damit neuer Grundstückspflicht Türe und Tor öffnen; sie würde durch die Ausmietung eine Unzahl von Existenz vernichten und würde eine erneute Preiskriegsführung der allgemeinen Lebenshaltung bedeuten.

2. Der Bund verlangt entgegen dem Antrag Benthien und der Absicht des Reichsrates, zunächst die Sozialisierung des Wohnungswesens zu erörtern, die sofortige Beratung und Verabschiedung des Reichsmieten- und Mieterabzugsgesetzes.

3. Der Bund beschließt, aus dem Deutschen Verein für Wohnungsreform und dem Deutschen Wohnungsaußenrat auszutreten, da er eine Zusammenarbeit mit Organisationen ablehnen muß, die sich einer sozialrevolutionären Entwicklung des Wohnungswesens starr entgegenstellen. Es wird seine Untergesellschaften anweisen, ebenfalls den Austritt zu erklären.

4. Der Bund wird seine Stellungnahme zur Neuregelung des Wohnungswesens in einer den Reichsamt Groß-Dresden im Antrage des Bundes vertretenen Deutscher Zeitung niedrlegen, die er in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit überträgt.

5. Der Bund erwartet von Reichsregierung und Reichsregierung, daß sie die Interessen der Mieterchaft nachdrücklicher als bisher vertreten und die von den Vertretern des Haussitzes offenkundig beabsichtigte Verhinderung einer umgebenden Neuregelung des Wohnungswesens nicht dulden. Er warnt vor einer Verfehlung des Erfolgs der Lage, der mit Deutlichkeit aus der sich innerhalb der Mieterstadt beweckt möglichen, möglich wachsenden Katastrophe spricht.

Um die Erhaltung der deutschen Werke.

SPD. Berlin, 14. Novbr. (Drahtbericht)

Die Vertreter des Gesamtbetriebsrats des Werkes Spandau der Deutschen Werke AG, unter Führung des Vorständen Eng, haben heute im Auftrage der deutschen Arbeiterschaft mit General Küller verhandelt. Bei der Begegnung war auch der englische General Bingham zugegen.

In der rechtshindigen Begegnung begründete der Vorsitzende des Betriebsrates die Verhinderung der Arbeitnehmerdeputation, die auf Zurufziehung der seit September 1921 gegen die Deutschen Werke AG erlassenen Note hin-

zielten. Die Vertreter der Arbeitnehmerschaft ließen keinen Zweifel darüber, daß sie auf Erfüllung ihrer Forderungen bestehen würden.

General Küller versprach, die von den Arbeitnehmernvertretern gegen die Ententemaßnahmen vorgebrachten Gründe der Botschafterkonferenz zu übermitteln, da er diese Gründe für Aufhebung der Note durchaus würdigte.

Die Arbeitnehmerschaft hat ihre weitere Haltung davon abhängig gemacht, daß bald die Rücknahme der Note durch die Botschafterkonferenz ermöglicht wird.

Die Note der Reichsregierung über die Deutschen Werke ist dem Vertreter der französischen Regierung in Berlin am Sonntag überreicht worden. Da anzunehmen ist, daß die Note im Laufe des Montags in den Besitz der französischen Regierung gelangt, kann mit ihrer Veröffentlichung am Dienstag gerechnet werden.

Die Not der Kriegsopfer.

Berlin, 15. November.

Der Bundesvorstand der wirtschaftlichen Vereinigung Kriegsbeschädigter und -hinterbliebener Deutschlands, Sitz Berlin, hat nachstehendes Telegramm an die Reichsregierung, an das Reichsfinanzministerium, den Reichsarbeitsminister, den Reichstag und dessen 19er-Klausur, sowie an den Reichspräsidenten abgesandt:

„Die Not der Kriegsopfer ist ins Unermeßliche gestiegen. Trotz vieler Eingaben, die Anerkennung zu beschleunigen, ist bisher noch nichts geschehen. Wir ersuchen nunmehr, schließlich Maßnahmen zu treffen, die ermöglichen, daß die bei der neuen Beamtenbefördlung und Einkommensregelung maßgebenden Gesichtspunkte auch auf das Reichsversorgungsgesetz Anwendung finden. Die Empörung der Versorgungsberechtigten ist auf das äußerste gestiegen. Helfen Sie, bevor es zu spät ist.“

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung beantragt.

Berlin, 15. November.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Vorstände sämtlicher Fraktionen der Berliner Stadtverordnetenversammlung richten durch den Oberbürgermeister an den Reichsarbeitsminister die Bitte, alle Mittel zur Behebung der augenblicklichen dringendsten Not der Erwerbslosen sofort anzuwenden. Oberbürgermeister Voß hat sich sofort mit dem Reichsarbeitsminister und dem preußischen Wohlfahrtsministerium wegen innerzüglicher Erhöhung der Bezüge der Erwerbslosen in Verbindung gesetzt.

Die Rentwahl in Ickhöhe.

Kiel, 14. November. (Eig. Drahtbericht)

In Ickhöhe in Holstein fanden am Sonntag die Neuwahlen für das vom Minister Dominicus ausgelöste Stadtverordnetenkollegium statt. Bekanntlich wurde am 27. Februar der Genossen Schinkel mit 4700 gegen 4000 Stimmen zum zweiten Bürgermeister gewählt. Im Verlauf dieser Wahl legte 14 Bürgerliche Stadtverordnete und 2 Stadträte ihre Amtswürde nieder, weil sie mit dem Genossen Schinkel nicht zusammenarbeiten wollten. Das Stadtverordnetenkollegium blieb aber mit 16 Mitgliedern noch immer beschlußfähig und beschloß die Neuwahl für die drei ausgesetzten Stadtämter. Genoss Schinkel hielt darum die drei Neugewählten in ihre Amtszeit ein, weil der erste Bürgermeister die Einführung ergebnislich auf Anweisung höheren Orts verweigerte. Das Kollegium wurde Mitte Oktober aufgelöst. Auch die Bestätigung der Wahl des Genossen Schinkel wurde verzögert. Bei der am Sonntag stattfindenden Neuwahl des Stadtverordnetenkollegiums wurden nun von der bürgerlichen Einheitsliste 15 Stadtverordnete, von der sozialdemokratischen 11 und von der kommunistischen Liste 4 Stadtverordnete gewählt. Das Kollegium zählt 20 Mitglieder. Die Zusammensetzung des neuen Kollegiums ist also die gleiche geblieben, 15 sozialdemokratischen 15 bürgerlichen Sitzen gegenüber. Die SPD hat einen Sitz an die Kommunisten abgeben müssen, doch werden hierdurch die Mehrheitsverhältnisse nicht beeinflusst.

Sächsische Stadtverordnetenwahlen.

Dresden, 14. November.

Hier fanden am Sonntag wie in einer Anzahl Städte Sachsen die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt. Die Bürgerlichen hatten den Kampf gegen die Sozialdemokratie auf die Spitze gebracht und eine Einheitsliste von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen zustandegebracht. Die Bevölkerung und Magistraten aber konnten sie nicht für ihre Liste gewinnen, so daß außer der mehrheitssocialistischen, unabhängigen und kommunistischen Liste noch eine Beamten- und Angestelltenliste bestand. Die Wahlbeteiligung betrug trotz reger Wahlplakation und scharfer Wahlkampfarbeit auf allen Seiten nur etwa 50 Proz. Die Einheitsliste erhielt 112 890 Stimmen, die SPD 92 54, die USPD 27 134, die Kommunisten erhielten 12 714, die Beamten 29 331, die Angestellten 5426 Stimmen. Das bedeutet für die in der Einheitsliste gesammelte Reaction 35 Sitze, für die Beamten 7 Sitze, für die Angestellten 1 Sitze, während die SPD 29, die USPD 8 und die Kommunisten 4 Sitze erhalten. Es besteht also keine sozialistische Mehrheit. Doch wird es vielleicht möglich sein, mit den Beamten und Angestellten zusammen eine Einheitslist in das Kollegium zu bilden. Andernfalls bilden die Angestellten und Beamten das Jenseit an der Waage. In allen Städtenkammern handelt die sozialistische Linke mit 43 Sitzen 11 bürgerlichen gegenüber.

Zwickau, 14. November.

Die Wahlbeteiligung bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl betrug etwa 50 Proz. Es erhielten: Sozialdemokraten 26 432, die USPD 111 733, die Demokraten 29 388, die Kommunisten 25 416 Stimmen. Für die bürgerliche Gemeinschaftsliste wurden 121 019 Stimmen abgegeben. Die Deutsch-Sozialisten erhielten 2922 Stimmen. Nach dem bisher vorliegenden Ergebnis dürfte Einigung zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Parteien zu erwarten sein, bei 36 sozialistischen und 35 bürgerlichen Sitzen. Sicher werden 39 sozialistischen Vertretern 30 bürgerliche gegenüber. Die unabhängigen zählen 20 Mandate, die SPD 5 Sitze. Nach der Spaltung trat eine zweitürige Stadtvorstandswahl zu den Kommunalen über.

Nach dem Worte die Tat.

Überraschend schnell hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes seinem Versprechen auf der letzten Generalversammlung in Jena, das Mögliche für die Bildung und Erziehung seiner Funktionäre zu tun, die Tat folgen lassen. Der erste Bildungskursus, der 60 Kollegen des Bezirks Thüringen umfaßte, meistens Betriebsräte, ist bereits vorüber. 16 Arbeitstage waren die Kollegen von aller Arbeit freigestellt, um sich nur dem Studium zu widmen. Außer der Unterstützung für die Familie, die rund 90 Prozent des im Bezirk geltenden Tarifes betrug, bekamen die Kollegen noch ein Taggeld von 80 Pf. und einen Zufluss von 100 Pf. zum Aufbau der zur Verleihung und Weiterbildung notwendigen Literatur. Der Kursus, der unter der Leitung des Genossen Engelbert Graf stand, umfaßte folgende Gebiete: Entwicklung des modernen Kapitalismus, Bevölkerungspolitik und geographische Grundlagen der Wirtschaft, Sozialisierungssproblem, die kapitalistischen Unternehmungsformen, Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, Einführung in die technische Betriebslehre, der Betriebsrat und die wichtigsten Probleme des Arbeiterrechts und der Betriebsrat und die Sozialhygiene.

Mit der angesehenen Universität allein war es aber nicht getan; dazu kamen noch Sonderveranstaltungen in Form von Vorlesungen und einem öffentlichen Vortrag über „Europa und der nächste Krieg“. Das Hochseewerk Unterwellenborn bei Saalfeld wurde besichtigt; ferner das Phyletische Museum, das Lebenswerk von Professor Härtel. Ferner wurden besichtigt die Universitätsanatomie und das Zentral-Glaswerk von Schott, ein Schwesternwerk der Firma Zeiss.

Trotz der Verschiedenartigkeit der geistigen Einstellungen der einzelnen Kollegen, die letzten Endes durch die verschiedene Zugehörigkeit zu den Parteien bedingt ist, bildete sich doch in kurzer Zeit eine Art proletarische Einheitsfront heraus. Notwendig ist nun, daß durch die Kursteilnehmer das Erarbeitete hinausgetragen wird in die Schar der Kollegen. Geschieht das, dann wird das Proletariat schneller besiegt sein Geschick selbst zu bestimmen.

Aussand in der Causcher Textilindustrie.

Dresden, 15. November.

In der Causcher Textilindustrie sind die Arbeiter wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Die Arbeitgeber berücksichtigen die Aussperrung sämtlicher Arbeiter.

Explosionsunglüc einer rheinischen Gesellschaft.

Wiesbaden, 15. November.

Gestern mittag, sind in der dem Bahnhof Dörsheim gegenüber gelegenen Delfabrik 30 000 Liter Benzin, die dort im Keller in Tanks lagerten, explodiert. Die Folgen waren furchtbar und das große, erst vor zwei Jahren aus Beton, Eisen und Steinen erbaute Fabrikgebäude ist vollständig zerstört. Sechs Personen, die sich zur Zeit des Unglücks im Keller befanden, liegen unter den Trümmern begraben. Auch benachbarte Fabrikgebäude wurden zum Teil erheblich beschädigt, besonders die Metallwarenfabrik Bender. Hier befinden sich noch tausend Arbeiterinnen gerade zum Mittagessen im Speisesaal. Sie wurden zum größten Teil mehr oder weniger durch Glassplitter verletzt. Auch das Stationsgebäude des Dörsheimer Bahnhofs wurde schwer beschädigt. Der Schaden beträgt mehrere Millionen. Auch die großen Delvorräte der Fabrik gerieten in Brand. Die Ursache der Explosion ist bisher noch unbekannt, da die Personen, die sich zur Zeit des Unglücks im Keller befanden, tot sind.

Die Mörder ermorden einander!

Neue Blutbrote der Oberländer Feinde.

München, 14. November.

Die Münchener sozialistischen Blätter besprechen — unter dem Schweiger der bürgerlichen Presse — die Mordtat, die durch den Oberland-Studenten Berthold an einem anderen Mitglied des Corps Oberland nomens Schweighardt in der Nähe von Graz verübt worden ist. Fest steht, daß ein Schweighardt an dem politischen Mord im Forstniederdorf Park beteiligt war, ferner stand fest, daß Schweighardt im dringend Verdacht steht. Gleichzeitig wurde Berthold im dringend Verdacht, der seinerzeit den Mordüberfall auf Dobner inszeniert hatte, ebenso der Mörder selbst, der Schweighardt dringend verdächtigt ist. Die Münchener „Post“ glaubt, daß durch die neuzeitliche Oberländer-Mordtat Licht in das Dunkel des Erbger-Wordes geholt werden sei. Das USP-Organ, die „Märzgenpft“, schreibt, daß hierdurch der Schleier, der über dem Attentat auf Gareis lag, gelichtet worden sei. — Die Münchener Polizeidirektion aber schwieg und sieht sich nur unter dem steten Druck der Sozialisten gezwungen, den Verdachtmomenten nachzugehen.

Aus Peterland, aus feure . . .

Die Deutschnationale Internationale.

Der Verlag von Siwinna-Kattowitz ist einer Meldung der „Deno“ zufolge für 9 Millionen an ein polnisches Konsortium verkauft worden. Siwinna ist einer der größten oberösterreichischen Verleger. In seinem Verlage erschien die deutsch-nationale „Ostdeutsche Morgenpost“, die schwarz-rot-kelte „Kattowitzer Zeitung“ und das „Königshütter Tageblatt“, das das Deutchtum mit Löwen gekämpft zu haben schien. Siwinna gab die Werke des verdienten Gelehrten Dr. Knötel heraus, der oberösterreichische Heimatkunde im deutschen Sinne treibt. Er druckt vaterländische Bücher für die reisende Jugend . . . Kurz und gut Siwinna ist ein Mann, der sich um die deutsche Kultur wohlverdient gemacht hat, wie man so zu sagen pflegt. Ja, mehr als das, Herr Siwinna hat die Ehre, höherer königlich preußischer Offizier gewesen zu sein. Was tut's?! Deutschland ist tot, es lebe Polen!

Ein Einzelherr? Nein, Herr Stinnes befindet sich in höchsteuer Gesellschaft. Graf Oppersdorf hat ihm den Weg gewiesen; Herzog Ernst Günther, der im März 1921 seine schleswigschen Besitzungen für 5 000 000 Kronen aus eigener Initiative ohne zwingenden Grund an Dänemark verkaufte, ging ihm als leuchtendes Beispiel voran. Alle sind sie deutsch, diese Herren, und alle gut national, solange es gut geht, aber in der Not . . .?

Für das Deutschtum in Oberschlesien bedeutet der Verkauf des Verloges Siwinna ohne Frage einen schweren Schlag. Die Polen, die sich bisher nur auf ein paar untergeordnete Blätter stützen konnten, sind nunmehr im Besitz eines leistungsfähigen Verlages. An deutschen Zeitungen bleibt in Polisch-Oberschlesien außer dem „Oberschlesischen Kurier“ (Centrum) nur noch unser Katowicer Parteidruck, „Der Volkswille“. Er wird keinen leichten Stand haben und seine Aufgabe wird um so schwerer sein, als die polnische Sozialdemokratie der Zweiten Internationale nicht eingeschlossen ist und ausdrücklich streng polnisch-nationalistische Tendenzen verfolgt. Wir glauben aber trotzdem die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß „Der Volkswille“ die Lebensdauer des Nationalbewußtseins gewisser Herren unbegrenzt überdauert. An unserem guten Willen soll es nicht fehlen.

Die Eisenbahnen als Staatsbetrieb.

Berlin, 13. Nov.

Aus kapitalistischer, also auch wohl für Herrn Stinnes einwandfreier Quelle, entnehmen wir folgende Darstellung:

Das deutsche Eisenbahnnetz steht an Ausdehnung nur den Vereinigten Staaten, an Dichtigkeit nur Großbritannien und Belgien nach. Es liegt fast ganz in staatlichen Händen. Die Entwicklung der Eisenbahnen ist in Deutschland in erster Reihe nicht aus privatwirtschaftlichen, vielmehr aus allgemein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt; trotzdem übertrifft ihre Rentabilität diejenige in den anderen großen Eisenbahnländern.

	Betriebslänge, in km	Durchschnitt
Eisenbahnen	1870	1919
Deutschland	19 575	68 730
Großbritannien u. Irland	24 999	37 717
Frankreich	17 931	51 188
Vereinigte Staaten von Nordamerika	85 139	110 918

Dieses Urteil über die Rentabilität der Eisenbahnen entstammt der Schrift „Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands“, die von der Dresden Bank herausgegeben wurde. Daß es sich um Friedensziffern handelt, tut dem Wert dieses Urteils keinen Abbruch, da wohl auch der verrostete Friedenswirtschaftler zugeben wird, daß die Eisenbahnen nicht nur die Kriegsschäden schon zu einem Teile überwunden haben, sondern auch in nächster Zeit wieder zu den gleichen Bedingungen wie vor dem Kriege werden arbeiten können.

Die Feststellung jedenfalls, daß die drei Länder mit Privatbahnen eine bedeutend geringere Rentabilität ihrer Unternehmungen nachweisen wie Deutschland, widerlegt alle vom Reichsverband der deutschen Industrie erhobenen Angriffe auf die Reichseisenbahnen.

Die Reisenden.

Die Rechtspreise macht ihrem Verger über die Feier des 9. November durch das Proletariat in gehässigen Artikeln Lust, wobei die Entscheidung schwer ist, welchem Organ die Krone der Verlogenheit und Geschichtsfälschung gebührt. Natürlich steht die Volkstagslegende wieder im Vordergrund ihrer Betrachtungen „neu renoviert“ und „ausgearbeitet“. Die zahlreichen Widerlegungen der letzten Zeit, an denen keine objektive Geschichtsforschung wird vorübergesehen können — erinnert sei nur an die Schrift Kösters „Konturen wir weiterkümmern?“ und an die Materialsammlung „Der Sieg war zum Greifen nahe!“ —, existieren einfach für diese Leute nicht, mit unermüdlicher Geduld wärmen sie ihren alten Kohl zum zehntenten Mal auf, bringen hundertmal Widerlegungen zum hundertsten Male vor. Mit diesen Leuten ist weder zu reden noch zu reden, und wir lassen das Wort des volksparteilichen Professors Kahl in der „Täglichen Rundschau“ gelten, daß sich die heutige lebende Generation niemals über die Frage einigen wird, ob der Krieg oder die Revolution den Zusammenbruch von 1918 verschuldet habe.

Schuld daran tragen freisch. Leute wie Professor Kahl selbst, die mit der Verbohrtheit des unheilbar Vereinigten an ihrer Deutung festhalten und noch Zerstörung einer Legende flugs eine neue ersfinden. Da die Telegrame Hindenburgs und Ludendorffs aus den ersten Oktobertagen des Jahres 1918 keinen Zweifel mehr lassen, daß der militärische Zusammenbruch der Revolution um fünf bis sechs Wochen vorangegangen ist, rettet sich Professor Kahl — und gleich ihm ein Oberstleutnant a. D. Müller im roten „Tag“ — mit fühlbarem Schwung auf die Behauptung, daß die Revolution schon jahrelang vorher das Heer vermurkt habe.

Sie selber aber werden widerlegt durch andere Artikelautoren der Rechtspreise, die mit Emphase betonen, daß das kämpfende Heer am 9. November noch stark und unerschüttert gestanden hat! Und so entpuppt sich das ganze Dolchstöckgeschrei als heuchlerischer Vorwand für ganz andere Dinge: man wird über diese klar, wenn man im „Fokal-Anzeiger“ unter der Auszählung der revolutionären „Verbrechen“ besonders hervorgehoben findet, „das Toben nach Erfüllung der Goldwerte.“ Da liegt die witzliche Quelle der Wit auf, für die die Herren Professoren a la Kahl nur die ideologische Verbrämung finden müssen.

Dieser Volkspartei ist übrigens keine Sondererscheinung. Die gesamte volksparteiliche Presse, auch die sonst so zahme „D. A. Z.“ steht der deutschnationalen in der Tonart kaum nach. Besonders darf erwähnt werden, daß die „D. A. Z.“ ihren Haß auf das parlamentarische System entlädt:

„Wir reden hier nicht bloß von der Sozialdemokratie, wir reden von dem ganzen System, das am 9. November über uns hereingebrochen ist, das man wohl das parlamentarische nennt, und das man besser als das Elitenystem bezeichnen könnte.“

Vier Tage nach dem Eintreten des Volkspartei in die schäfische Regierung ist das eine ganz hübsche Leistung, die jedenfalls zeigt, wie die Volkspartei ihre Mitwirkung in der Regierung ausspielt.

Noch charakteristischer aber gehäuft sich die sogenannte demokratische Presse. Ob Ullstein oder Moeller — sie schwieg den 9. November tot. Durch

Sentimentalität darf man sich doch nicht das Geschäft verderben! Weder das „B. T.“ noch die „Voss.“ erwähnen die Wiederkehr des 9. November mit einer Silbe. Die Feier der „Morgenpost“ besteht — in einem Schimpfzug gegen die Hochbahn, die zehn Minuten lang den Verkehr stilllegen (sentimental!), und selbst die „Volkszeitung“, das Möbelche Hinterhans-Drgon, dem sonst aus agitatorischen Rückblicken ein freierer Ton gestattet ist, bringt es nur zu einem Artikel auf den „Unbekannten Soldaten Deutschlands“, in dem vom 9. November mit einem Wort die Rede ist. Die bürgerliche Demokratie enthüllt sich in ihrer ganzen Klugheit und speziell ihre Presse beweist, wie wenig sie trotz gelegentlicher radikaler Amandierungen in das Haus des Arbeiters gehört. Sie bietet ein Musterbeispiel der hürgewilchen Gesinnungsfeindschaft, die der letzte Grund dafür ist, daß das absolute System in Deutschland bis ins zwanzigste Jahrhundert beherrschen und in den Abgrund führen könnte.

Don Führern und Frontsoldaten.

Der Mund des Herrn Stinnes, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zittert vor Zorn. „Wer sind die Drogne?“ schreibt es zeternd und peiternd. Was ist los? Die Lente des Herrn Stinnes sind ärgerlich darüber, daß die Sozialdemokratie nicht vor aller Welt einen großen Scheiterhaufen errichtet und aus diesem alles das verbrannt, was sie bisher geglaubt und versprochen hat. Nach Görtsch ging ja ein tiefes Aufatmen durch die Deutsche Volkspartei. Nun aber, wo die Deutsche Volkspartei sehen muß, daß die bösen sozialdemokratischen Agitatoren sich doch nicht so sehr beeilen, ihre Manuskripte aus der Vorkriegszeit zu verbrennen, da sie sich an den Sach Leffings erinnern: Es ist nicht alles böse neu und nicht alles Neue gut, da werden die großen Herren der Industrie böse und ungehalten. Es donert ihnen zu lange, bis die Sozialdemokratie offiziell ihren Glauben abschwört. Und deshalb bekommen die sozialdemokratischen Führer ein paar derbe Rippenstöße. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meint, es sei jetzt endlich angesichts der herannahenden Katastrophe, angesichts der sehr leicht möglichen großen Arbeitslosenkrise in Deutschland Zeit, den Massen zu sagen, wie die Dinge stehen. Die sozialdemokratischen Führern hätten aber keinen Mut, ein offenes Bekennen abzulegen. „Längst haben sie,“ schreibt die „D. A. Z.“ — in jetzt viel häufigerem Bericht mit Persönlichkeiten anderer Schichten — den Banzerott ihrer Ideen zugegeben. Kaum einer aber wagt offen mit den seiner Führung Unheil trauten zu sprechen. „Kaum einer der Arbeitersführer,“ heißt es weiter, „zeigt den Mut, seiner Erkenntnis und Überzeugung unter Umständen auch das Opfer seiner Stellung zu bringen. Man trostet sich mit dem so häufig gebrauchten Spruch aus den Seiten des alten „vertrühten“ Regimes: „Ich kann so wenigstens viel Böses verhindern.“ Früher belog man die Majestät des Herrschers, heute die Majestät der Masse. Dieser Weg mangeler Überzeugungstreue hat schon immer zur Höhe geführt; er wird auch diesmal dorthin führen. Aus vielen Erinnerungsbüchern geht hervor, daß dies der tiefste Grund unseres Zusammenbruches war.“

Gestern erst hat der sozialdemokratische Redner im preußischen Landtag gesagt, so intim werde die Sozialdemokratie nie mit Stinnes werden, wie es die Moskauer Herren sind. Über wenn die „D. A. Z.“ so fest und sicher behauptet, in den Salons werde das verbrannt, was auf den Straßen den Massen als leuchtendes Ziel vor die Augen gestellt wird, nun dann heraus mit der Sprache. Besser Klarheit und Wahrheit als dunkle Andeutungen. Hohle nimmt mit der Wahrheit, bringt sie Leid nicht, bringt sie Reue. Warum sollte es bei der Sozialdemokratie keinen Petrus geben, der, wenn er bei den Kriegsknechten steht, sagt: „Ich kenne ihn nicht, diesen Galiläer.“ Was aber das Opfer der Stellung und des Volgens betrifft — ach, da müssen sich die reichen Junglinge in der Welt des Herrn Stinnes schon selbst bei ihrer eigenen Nasé nehmen. Sie wissen ja selbst sehr gut, daß Rathenau eine Ausnahme darstellt und daß die meisten nicht auf das dicke Portemonnaie der Industrie verzichten wollen, wenn der Ruf des Vaterlandes an sie ergeht. Pharisäer! Gewiß, man findet bei uns nicht viele Helden, die wie jener große Römer Cincinnatus vom Posten des Diktators zum Pflug zurückkehren. Schade! Aber nur, wer selber rein ist, kann Teufel austreiben.

Die scharfe Attacke gegen die sozialdemokratischen Führer, die das Stinnes-Blatt reitet, zeigt, daß die große Koalition in Preußen die Herren um Stinnes noch lange nicht befriedigt hat. Größeres als die große Koalition haben sie im Sinn. Was haben sie geschrien, als die Kommunisten davon redeten, sie wollten den Staat bei der Gurgel packen! Heute folgen sie den Spuren der Kommunisten. Die Eisenbahn — ja, das wäre so was. Aber schon wissen die Demokraten ab, die in Bremen beisammen sind, um ihr Herz gegenseitig auszuschütten. Auch das Zentrum willt ab. Die „Germania“ befürchtet das recht deutsch und sogar die hanische Volkspartei will von der Geschichte nichts wissen. Also selbst im Orgelschlafe, wo man noch vor kurzem für die Rolle der Eisenbahn im Bürgerkrieg viel Verständnis besaß und die zuverlässigen Einwohnerwehrführer instruierte, auf wichtige Eisenbahnpunkte ihr Augenmerk zu richten, auch im Orgelschlafe Bayern hat man in der Suppe des Herrn Stinnes ein Haar gefunden. Die Eisenbahn in der Hand des Herrn Stinnes in einer Zeit, wo Unruhen befürchtet werden, ja — gewiß — — aber es ist doch eine verteuerte Geschichte.

Aber verteuert hin, verteuert her, Stinnes steht vor der Eisenbahn. Und er hat ein Argument, mit dem man in den letzten Jahren so oft die deutschen Volksmassen geoppt hat. Deflationierung, Nationalisierung, Rentabilisierung! Das Defizit muß weg! Solch ein schönes Wort muß auf naive Gemüter wirken. Die deutsche Volkspartei spricht, wenn man sie gehen läßt, damit wolle sie die deutsche Wirtschaft wieder hoch bringen. Ja, die „D. A. Z.“ spricht sogar von „Bismarck-Aufgaben“, die gelöst werden müßten. Bismarck habe 1870 die deutschen Stämme vereinigt und der neue Bismarck müsse die „zwei Nationen“ im deutschen Volke zu einer einheitlichen und einzigen Nation zusammenführen.

Wir glauben, die besten Gelegenheit sind bereits verpaßt. Bismarck rief das Deutsche Reich mit dem Reichstagswahlrecht. Ludendorff und sein Kaiser verloren den Krieg durch die Verweigerung des gleichen Wahlrechts in

Preußen. Nach der Revolution konnten die Massen nur dann zu Leistungen und Anstrengungen mit fortgerissen werden, wenn man mit der Demokratisierung der Wirtschaft ernst mache. Das internationale Arbeitsamt in Genf hat in diesem Jahre ein Buch über die Wirtschaftsknot in Europa herausgegeben. Darin können die klugen Leute des Herrn Stinnes nachlesen, was weitschauende Männer schon längst gesehen haben, nämlich, daß „die Demokratisierung der Industrie die unabdinglich notwendige Ergänzung des Total-System ist.“ Es sind nicht die autographischen Methoden, die eine Steigerung der Produktion auf die Dauer hinaus gewährleisten. Die Arbeit muß des Charakters der Unterwerfung entkleidet werden, jeder Verdacht von Ausbeutung muß verschwinden. Dann verschwindet die Produktionsverminderung, die Materialvergeudung, die Beschädigung der Maschinen. Mit der Abfallzahlgang eines Betriebsstrategie lassen sich solch große Rote, wie wir sie heute haben, nicht aus der Welt schaffen. Das Herauswerfen der Vielzwecken in der Eisenbahn ist nicht so einfach. Die Hand des Diktators? Erstens ist kein Napoleon da, und wäre er da, die Stresemänner würden komische Gesichter machen, wenn sie ihn bei der Arbeit sähen. Napoleon war auch ein Psychologe, seine Ansprüche an seine Soldaten beweisen das. Der Napoleon, von dem man in den Redaktionstribünen des Herrn Stinnes träumt, müßte etwas von Karl Liebknecht an sich haben. Die Massen muß an ihn glauben. Glaubt etwa ein deutscher Proletarier an Stinnes? Die Eisenbahnfrage ist nicht nur eine wissenschaftliche, sondern auch eine politische Frage. Man kann sie einem so unpolitischen Kopf wie Stinnes es ist, nicht aussiefern.

Die „D. A. Z.“ spricht vom Proletarier, vom deutschen Arbeiter als dem Frontsoldaten der Wirtschaft. Das Wort ist gut. Es lädt zum Vergleich ein zwischen dem Frontsoldaten der Wirtschaft und dem des Krieges. Und das Ergebnis dieses Vergleiches? Der Frontsoldat hungerte damals, er hungert heute, während nicht alle, aber viele Offiziere der Wirtschaft hinten in der Etappe wie der Herrscher in Frankreich leben. Jawohl, es ist heute wie damals und deshalb besteht die Gefahr, daß Deutschland den Wirtschaftskampf, den es jetzt kämpft, ebenso verlieren wird, wie den großen Krieg. W. St.

Wirtschaftswissenschaft.

Preissteigerungen im Großhandel.

Nachdem an dieser Stelle vor einigen Tagen die privaten Berechnungen der Großhandelspreise wiedergegeben wurden, werden jetzt auch die Berechnungen des Statistischen Reichsamtes für den Monat Oktober bekannt. Die Indexziffer, welche den Preisstand von 38 Waren im Jahre 1913 gleich 100 setzt, ist unter dem Einfluß der katastrophalen Marktentwertung von 2067 im Durchschnitt des Monats September auf 2460 im Durchschnitt des Monats Oktober emporgeschossen.

Die Preissteigerung ist allgemein, und zwar stiegen Getreide und Kartoffeln von 2016 auf 2380, Fleisch, Fische, Fette von 1948 auf 2325, Kolonialwaren von 2317 auf 3099, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 2020 auf 2417, ferner Häute und Leder von 3727 auf 4339, Textilien von 3070 auf 4176, Metalle von 2036 auf 2965, Kohle und Eisen von 1820 auf 1885, Industriestoffe zusammen von 2155 auf 2539.

Die normierend im Inlande erzeugten Waren (Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Fisch, Fette, Kohle, Eisen) erhöhen sich von 1952 auf 2235, die vorwiegend aus dem Auslande eingeführten Waren von 2643 auf 3585.

Der Dollar stieg im Durchschnitt des Monats Oktober gegenüber September in Berlin um 42,9 Prozent; ihm folgten unmittelbar die Einfuhrwaren mit einer Preissteigerung um 35,6 Prozent, während sich das Preisniveau der Inlandswaren gleichzeitig um 14,5 Prozent hob.

Kartoffelnotierung.

Hamburg, 14. Nov.

Die bei der Handelskammer bestehende Notierungskommission hat am 14. November folgende Notierung festgestellt: Preise für Speisekartoffeln, handelsübliche Ware, wie sie vom Großhandel an den Erzeuger ab Station bezahlt werden, wozu Fracht, Kommission usw. hinzukommt: Speisekartoffeln, weiße 94—100 Pf., rote 88—95 Pf., gelbe 86 bis 104 Pf. pro 1 Zentner.

Devisen-Kurse.

Berlin, 15. November.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	14. Nov.	12. Nov.
Amsterdam	100 fl.	9941.05
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1775.20
Kristiania	100 Kr.	3806.15
Kopenhagen	100 Kr.	4785.20
Stockholm	100 Kr.	5919.05
Helsingfors	100 finn. Mk.	484.50
Rom	100 Lire	1053.90
London	1 £	1009.95
New York	1 Doll.	256.74
Paris	100 Frs.	1848.15
Zürich	100 Frs.	4870.10
Madrid	100 Pesetas	3471.50
Wien	100 K.	9.15
Budapest	100 K.	24.87
Prag	100 K.	267.70

Schiffsvorlehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffname Kapitän Herkunftsport Fahrzeit Lade Std.

	Angekommen am 14. November.	Angekommen am 15. November.
D.	Prival	Wesel
D.	August	See
D.	Brenösee	Westphal
D.	Krimhild	Brahmsstadt
D.	Woden	Wittmund

Berantwortlich: Für Politik und Wirtschaft Dr. J. Leber; für Freizeit Lübeck und Freizeitheim Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schatz; für Internationale Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co. hämisch in Lübeck.

Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

Von der Preußischen General-Lotterie-Direktion

Berlin ist nur für Lübeck eine

Staatl. Lotterie-Einnahme

übertragen.

Dieziehung der 1. Klasse der 243. Lotterie findet schon am 20. und 21. Dezember d. J. (9106)

statt und empfehle ich hierzu Lose in reicher Nummerenanzahl. Preise der Lose für jede Klasse:

1/8

1/4

1/2

1/1

10 Mk.

20 Mk.

40 Mk.

80 Mk.

Zugleich sage ich meinen langjährigen treuen Kunden für das mit jetzt bewiesene Wohlwollen herzlich Dank und bitte, mir dasselbe auch ferner zu bewahren.

Wilhelm John, Staatl. Lotte-Einnnehmer, Schlüsselbulden 3/5.

Ich habe in meinem Hause

(90660)

Mühlenstraße 44

ein

besonderes Verkaufsstöckel

eröffnet für

Rieschels Pat.-Wellsieb-Grudeherde

Sachverständige Leitung:

Große Auswahl zu noch günstigen Preisen.

Dieselbst Verkauf von fa. Grudekoks.

Adolf Borgfeldt, Lübeck.

Inhaber: Herm. Kubli.

Telephone 672.

Gegen Wanzen, Flögen und Cäuse

Nimmt Riesolda nur der Weise: Augenblicklich wird gefundet.

Der u. Mensch u. Vogel u. Hund.

In 1/2 Stunde vernichten Garantie Riesolda - Flitz- und Sie unter Garantie Riesolda - Kleider- sow. Brui (Niss) Wanzen, Flöhe b. Mensch. u. Tier „Riesolda“ g. gesch. Mitt. Wund. unsch. Verk. nur Heinr. Wiese Aegidienstr. 4. Preis 3 und 7.50 Mk. (9089)

Der gute

Thermidor

Der Ofen der Zukunft.

D.R.P.

Reinem! Wissam! Billig! Sanber!

Durch sauberste Heizung! In 5 Min. strahlende Wärme! Erwärmst in 20 Min. normale Räume! Keine Schlacken! Keine Rückstände! Kein Nachfüllen!

An jedem Kochstellen anzuschließen.

Viele Anerkennungen.

Tausende im Gebrauch

Höchstens 1.80 Mark
Brennstoff werden in 8-10 Std. verbraucht.

Brennmaterial

wird garantiert von mir geliefert.

Sonder-Fabrikate!

für Säle, Kirchen, Fabriken, Theater usw.

Ferner empfiehle ich: (9074)

Thermidor-Liegenherde mit Backofen

Thermidor-Faceschalen

Thermidor-Badezellen

Thermidor-Kochherde aus Eisen

Thermidor-Liegenherde auch mit großer

Trockenplatte für Holzherstellung.

Georg Krach

Lübeck, Gieckengießerstr. 22. Tel. 3425.

Travemünde, Vorderseite 22. Tel. 177.

Tele. 3425.

Tele. 177.

Tele. 3425.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 15. November.

Des Vortages wegen erscheint die nächste Nummer dieses Blattes am Donnerstag nachmittag.

Eine wichtige Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins wird heute, Dienstag abend, 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus abgehalten. Auf der Tagesordnung steht u. a.: „Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl“. Bei der Wichtigkeit des Verhandlungsgegenstandes wird auf zahlreiches Erscheinen der Parteigenossen gerechnet. Mitgliedsbücher sind vorzuweisen.

Die neue Bürgerschaft.

Sozialdemokratische Partei. 1. Chiers, Gunnar, Angestellter; 2. Hauß, Eug., Geschäftsführer; 3. Dreyer, A., Gewerkschaftsleiter; 4. Löwigt, L., Gewerkschaftsbeamter; 5. Schermer, Ernst, Lehrer; 6. Wolfradt, Herm., Parlisekretär; 7. Leber, Julius, Dr. iur. pol., Schriftleiter; 8. Thies, Christ., Delonom; 9. Mengel, Helene, Hausfrau; 10. Bruns, Wilhelm, Schneider; 11. Beck, Irmus, Kassenangestellter; 12. Jaeschke, Luise, Hausfrau; 13. Kasbohm, W., Eisenbahn-Handwerker; 14. Grosse, Gustav, Schlosser; 15. Möller, Karl, Hafenarbeiter; 16. Puls, Heinrich, Bäcker; 17. Hagedorn, H., Bureauagent, Travemünde; 18. Kleinjohann, A., Gewerkschaftsbeamter; 19. Jülsdorff, Elisabeth, Hausfrau; 20. Steinberg, H., Geschäftsführer; 21. Bleth, Wilh., Dr. phil., Direktor der Stadtbibliothek; 22. Körner, Joh., Buchdrucker; 23. Schulz, Schriftleiter; 24. Radde, J., Gewerkschaftsbeamter; 25. Both, Herm., Gauleiter; 26. Möller, Fritz, Maurer; 27. Heuer, E., Lehrer, Moorgarten; 28. Meyer, R., Schlosser, Moissling; 29. Rieckert, A., Lagerhalter, Vorwerk; 30. Schaefer, H., Lagerhalter, Schlutup; 31. Wegner, Wilh., Landwirt, Dummersdorf; 32. John, Heinrich, Handlungsbuchhalter; 33. Haen, Oskar, Dr. iur., Steueranwalt; 34. Schröder, P., Werkmeister; 35. Anapp, Emil, Farmer; 36. Passarge, Otto, Maurer; 37. Neisberger, G., Kassenangestellter; 38. Reppenhagen, J., Geschäftsführer; 39. Göhr, Rich., Sekretär.

Kommunistische Partei. 1. Noh, Karl, Schlosser; 2. Frank, F., jun., Schiffszimmerer; 3. Grawe, Lina, Hausfrau; 4. Klann, Erich, Schlosser; 5. Nidell, Egon, Schlosser.

Neuer Haus- und Grundbesitzer-Verein. 1. Dietrich, A., Oberpostsekretär; 2. Hest, Joh., Kaufmann; 3. Dinter, A., Baumwoller; 4. Schlosser, M., Malermeister; 5. Fiss, Carl, Ingenieur; 6. Nohlen, Aug., Lehrer a. D.

Vereinigte politische Parteien. 1. Behn, Herm., Kaufmann; 2. Reimpell, Georg, Kaufmann; 3. Klein, Jul., Oberpostsekretär; 4. Thode, Georg, Klempnermeister; 5. Hent, Fr., Landmatri, Büttelwisch; 6. Heise, Jul., Buchdruckereibesitzer; 7. n. Brocken, Heinrich, Dr. iur., Rechtsanwalt; 8. Wandsch, H., Maurermeister; 9. Gebhard, Herm., Dr. iur., Amisrichter; 10. Gehle, H., Sekretär der Landesversicherungsanstalt; 11. Kosche, Marie, Lehrerin; 12. Zimmerman, M., Ehefrau; 13. Voie, E., Kaufmann, Präses der Handelskammer; 14. Eschenburg, Herm., Kaufmann und Konsul; 15. Roth, O., Prof., Dr. med., Hauptarzt; 17. Ambrosius, H., Procurist; 18. Neumark, M., Dr. phil., Generaldirektor; 19. Brandt, E., Magazinierwalter; 20. Karsfeld, W., Kaufmann, Travemünde; 21. Böllert, R., Gärnereibesitzer; 22. Echoldt, H., Kaufmann; 23. Stöckschmidt, J., Pastor; 24. Foerster, J., Schornsteinfegerinnungsmeister; 25. Neufeldt, Fritz, Baurat.

Das Gemeindelind.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

8. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

III.

Was Pavel im Schlosse gewollt, erfuhr niemand, aber die Hartnäckigkeit, mit der er jene Auskunft verweigerte, bewies deutlich genug, daß er die schlechtesten Absichten gehabt haben mußte. Einbrechen wahrte ich oder Neuer anlegen, dem Kerl ist alles zuzutrauen. So sprach die öffentliche Meinung, und die mit Elternrecht ausgestattete Gemeinde beschloß Pavel's exemplarische Züchtigung durch den Herrn Lehrer Habrecht in Gegenwart der sämtlichen Schuljugend.

Der Lehrer, ein fränkischer, nerößer Mann, verband sich zuerst ungern zur Ausübung des ihm zugemuteten Strafgerichts. Seine Unfähigkeit war, daß solche vor einem jugendlichen Publikum vorgenommene Exequitio dem selten nützt, an dem sie vollzogen wird, und denen, die ihr zuwischen, immer schade. „Dieses Biß wird durch den Anblick ein noch ärgerliches Biß“ däuzerte er, viel zu sehr für einen Pädagogen. Man hätte, wenn auch nicht ganz überzeugt, seine Einwendung oft gelten lassen, dieses Mal frustrierte sie nichts.

In dem Tage, der zur Bestrafung des nächtlichen Einschleifers bestimmt war, übernahm ihn denn der Lehrer leidend aus den Händen der Schergen und führte ihn am Schopfe bis zur Tür der Schultube. Hier blieb er stehen, hob den gesenkten Kopf des Knaben in die Höhe und sagte:

„Schau mich an, was Ichant denn immer auf den Boden, schlechter Biß!“

Nicht heimlich waren diese Worte! und doch, woran lag es denn, daß sie dem Pavel ordentlich wohlrieten, und daß sogar die Atri, in der der Herr Lehrer ihn dabei an den Haaren zauste, etwas Vertrauen Einflößendes hatte und wie eine Herzstürzung wirkte?

„Fürbit dich, du Boanigel, du Troznadel! fürbit dich!“ fuhr jener fort, meinte schauderliche Augen und schwang mit äußerst beeindruckender Gebärde den dünnen Arm in der Luft. Und Pavel, aus dem seit drei Tagen sein Wort herauszubringen geweszen, der seit drei Tagen keinem Menschen ins Gesicht gerichtet hatte, rückte seinen schiefen Blick blitzend auf den Lehrer und sprach mit einem halben Lächeln:

„Ich fürbit mich aber doch nicht.“

Aus der Schultube hatte es früher herausgesummt wie aus einem Bienenkorbe, dann war das Summen in wässer Lärm übergegangen, und jetzt wurde da drinnen geräuscht, um die beiden Blätter zum hörnselnden Schauspiel. Der Lehrer brummte unglücklich vor sich hin und schüttete Pavel von neuem:

„Wann du dich schon nicht fürchtest, so schrei, Ichant, was du knust, rai ich dir!“ lachte er, öffnete die Tür und trat ein. So-

Lübecker Bürgerbund. 1. Biesenitz, C., Pastor, Küdnitz; 2. Pape, Eug., Fabrikant; 3. Rosénquist, H., Tischlermeister; 4. Junge, J., Dampfsäurekreisbesitzer; 5. Grohner, G., Angestellter.

Berufsstatistik der neuen Bürgerschaft.

	Listen						Ges.
	I	II	III	IV	V	Ges.	
Händlerbetrieb (gel. u. ungel.)	9	4	—	—	—	18	
Beamte (Akd., Sekretäre u. Lehrer, Unterbeamte)	4	—	3	6	—	18	
Angestellte (einschl. Gewerkschaftsbeamte)	(1,2,1)	—	(1,2,-)	(3,3,-)	—		
Handwerker und Techniker	17	—	—	2	1	20	
Selbstständ. Kaufleute	2	—	2	4	1	9	
Fabrikanten und Fabrikdirektoren	—	—	1	2	—	3	
Landwirte	1	—	—	1	—	2	
Rechtsanwälte und Syndikate	1	—	—	1	—	2	
Kaufleute	—	—	—	1	1	2	
Hausfrauen	3	1	—	1	—	5	
	39	6	6	25	5	80	

Aus der Bürgerschaft.

Hohenzollern-Debatte. — Beamtenbefriedung. — Baugewerkschule.

Die alte Bürgerschaft tagte Montag abends höchstwahrscheinlich zum vorletzten Male. Die Sitzung wies manch Lücken auf, dagegen waren die Tribünen stark besetzt. Die Debatte erreichte ihren Höhepunkt, als die Aussstellung des Hohenzollern-Denkmales Wilhelm I. zur Verhandlung stand. Der Senatskommissar versuchte die Sache dadurch geschmackhaft zu machen, daß er bat, die Frage nicht vom politischen, sondern Kultur- und Kunststandpunkt zu betrachten. Wir verfassen nicht, daß es eine große Kunst ist, wenn man Sozialdemokraten eine solche Vorlage schmackhaft machen will. Genosse Hauß legte in kurzen Worten die Stellung unserer Fraktion zu der Vorlage dar. Es ist selbstverständlich, daß der „große“ Wilhelm nicht auf einem öffentlichen Platz aufgestellt werden kann. Das forderte auch nicht der Senator. Es ist aufzufinden, wenn Wilhelm I. in einem stillen Winkel unterkunft findet. Es ist aber ganz ausgeschlossen, wie die Genossen Hauß und H. Puls in der Debatte weiter hervorhoben, daß die Sozialdemokratie die Ehrengabe des „Königlichen Prinzen“, unter dessen Regierung das Sozialistengesetz erlassen und in der schärfsten Weise gegen die Arbeiterschaft gehandhabt wurde, mitmachte. Als „echter“ und „aufrichtiger“ Demokrat trat Herr Klein nicht nur für seinen Wilhelm ein, sondern versuchte auch die Sozialdemokratie für die Aussstellung zu gewinnen. Wer die demokratische Rede an sich schon ungern, so wurde sie noch weniger, als Klein den Wiederaufbau Deutschlands und des Wirtschaftslebens mit dem erzähler Hohenzollern fördern wollte. Daß die Deutschnationalen für den „Helden“ schwärmen, ist allgemein bekannt. Eine Freiheit war es aber von Klein, der für diese Partei sprach, ausgerechnet am Tage nach der Bürgerwahl von der kühnen Wiederkehr monarchistischer Zeiten zu reden. Keht hatte dieser Redner schon, als er sagte, daß in der heutigen Zeit das Denkmal doch nicht in Ehren komme. Genosse Dreyer blieb den beiden Monarchenverehrern die Antwort nicht schuldig. Während Hauß hauptsächlich die politische Seite der Frage hervorgehoben hatte, zeigte Dreyer, wie kapitalistische Unterlandstreunde den Aufbau Deutschlands schädigten. Der Antrag des Genossen Hauß, der den Senat ermächtigte, das Denkmal anderweitig bestmöglich zu verwerten, wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Da bei der Abstimmung keine Zweidrittelmehrheit erzielt wurde, so muß die Vorlage eine zweite Lesung posseieren. Ihr Schicksal ist aber besiegt, sonst gleich, ob die alte oder die neue Bürgerschaft darüber entscheidet.

Bei dem Antrage über die Neuregelung der Bevölkerungsverhältnisse der Beamten, sowie bei einigen anderen Vorlagen tra-

ten einige unserer Genossen lebhaft für die Bevölkerung und Umwelt ein. Hauß erklärte u. a. mit Nachdruck, daß die anderen Beamten besser gestellt werden müßten. Lediglich um die Sache nicht zu verzögern, wäre von der Sitzung entsprechender Entschluß abstand genommen worden.

Unter den Vortheilen der Baugewerkschule entpuppte sich eine lebhafte Diskussion. Die Demokraten *Ambrasius* und *Wandke* waren geteilter Meinung. Ersterer verlangte vom Ausschuß einen ausschließlichen Bericht, während letzterer neben einigen weiteren Lehern die Schule warm vertheidigte. Genosse H. Puls verlangte, daß die interessierten Kreise für die Schule Opfer bringen sollten. Die Mittel der Allgemeinheit dürften nicht in so hohem Maße für solche Schulen ausgegeben werden. Nachdem noch die Genossen *Kasbohm* und *Hauß* zu der Sache gesprochen hatten, stand die Vorlage unveränderte Konstruktion.

Als die Uhr 10 schlag und die Berichterstatter ihre Sätze zusammenpackten, waren noch 5 Vorlagen zu erledigen. Der Wahlausfall schien bei der Bürgerschaft eine gedrückte Stimmung ausgelöst zu haben. Manch von ihnen kannte den Klappik nicht mehr nicht mehr zieren.

Kartoffelversorgung und Kartoffelpreise.

Mit der Kartoffelfrage beschäftigte sich das Landesverwaltungsgremium in einer am Montag stattgefunden Sitzung. Senator *Örnigk* der die Verhandlung leitete, betonte einleitend, daß es für Lübeck schwierig sei, erfolgreiche Maßnahmen gegen die hohen Kartoffelpreise zu treffen. Lübeck selbst erzeuge nur wenig Kartoffeln, es sei auf die Zufuhr aus entfernten Städten angewiesen. Wirkungsvolle Maßnahmen könne nur das Reich ergreifen. Deshalb habe sich Lübeck vor längerer Zeit an dieses gewandt, damit es in dieser Sache etwas unternehme. Wenn auf der Reichsernährungskonferenz in Oldenburg die Kartoffelfrage verhandelt würde, so wäre das voraussichtlich auf Betreiben Lübecks zurückzuführen. Leider sei die Konferenz zu weit entfernt worden. Nachzeitiges Singen hätte erfolgreicher gewirkt. Die Konferenz habe folgende Maßnahmen gefordert: Bessere Wagenstellung, Unterbindung der Ausfuhr. Einschränkung der Verarbeitung in den Fabriken, Einführung von Erlaubnischein für Aufzüchtung und Bekämpfung der Preistreiberei. Schließlich habe man noch eine Bestandsaufnahme im Januar und eventuell auch eine Beschlagsnahme der Vorräte zu Vorlage gebracht. Ein Gesetz über die Konzessionierung des Handels würde in nächster Zeit erscheinen. Es müsse alles geschehen, um die Bevölkerung mit preiswerten Kartoffeln zu versorgen und die Preistreiberei zu unterbinden. Eine Kartoffelnot besteht nicht. Die Ernte betrage rund 26 Millionen Tonnen; zur Ernährung der Bevölkerung reichen 7 bis 8 Millionen Tonnen. Ein Preis von 10 bis 50 Pf. pro Zentner sei von den Landwirten als ausreichend befürchtet worden. — Polizeiprat *Oppert* hielt es für unmöglich, daß Lübeck selbst die Kartoffelfrage lösen könnte, da nur ein kleiner Teil des Bedarfs hier angebaut wird. Die Ursache der Preistreiberei und der Kartoffelnot liege außerhalb Lübecks. Wilde Russländer hätten auch viel zur Preiserhöhung beigetragen. Dringend erforderlich sei es, doch jede Preistreiberei unzulänglich zur Strafe gebracht werde. Das Schlesische Ministerium habe die Frist erweitert, dort jede Anzeige zu verfolgen und die Schändigen zu bestrafen. Die ganze Aktion komme aber rechtlich spät. Es müsse jetzt ungestüm vorgegangen werden, damit in nächster Zeit Verbesserung geschaffen werde. Am nächsten Jahre darf man nicht so lange warten, sondern müsse rechtzeitig die Frage prüfen, ob die *Zwangsmittel* eingesetzt werden. Am nächsten Jahr darf man nicht so lange warten, sondern müsse rechtzeitig die Frage prüfen, ob die *Zwangsmittel* eingesetzt werden. — Das Vertreter der Händler sprach Herr *Wiede* die Lage auf dem Kartoffelmarkt. Er hielt es für ausgeschlossen, daß durch einschneidende Maßnahmen heute noch viel erreicht werden kann. Andere Länder hätten damit auch nichts erzielt und herartige Bestimmungen wieder aufzuhören. Durch zu scharfe Eingriffe würde die Zufuhr erschwert. An den hohen Preisen sei neben der schlechten Qualität der wilde Handel und die ungenügende Wagenstellung seitens der Eisenbahn schuld. Eine Bestandsaufnahme hält er für zweckmäßig. Im übrigen sei die Nachfrage in Lübeck in letzter Zeit bedeutend zurückgegangen. —

wat und scha zum Auslügen benutzt hatte, geltend einzigen Gejähren, daß es meine, auf lauter Erbden zu führen.

Noch beendigter Lehrstunde wollte Pavel sich mit den anderen davomachen; aber der Schülmeister hielt ihn zurück, betrachtete ihn lange mit stehenden Bildern und fragte ihn endlich, ob er sich schämte.

Pavel antwortete leise: „Nein.“

„Nein? wiejo nein? Sag alle Scham den Kopf abgebiß?“ Der Busche vertief wieder in das harinötige Schweigen, das der Lehrer an dem armelastigen und seltsamen Besucher seiner Schule kannte. Bisher hatte er ihn laufen lassen, heute jedoch, als er ihn strafen sollte für eine unerwiesene Schuld, Mitleid mit ihm gefühlt. Um diese Regelung sei's ihm nun leid, und er fügte gütig fort:

„Ausgenommen in Schande, ja wirklich schon aufgewachsen, habe vierzehn Jahre — an die Schande gewöhnt, weiß nicht einmal mehr, wie sie tut!“

Nun sprach Pavel: „Weiß schon,“ und den Mund des Kindes verzerrte ein abschreckender Zug verbitterter Bitterkeit. Er hatte nicht verstanden, was der Herr Lehrer früher gewollt mit seinem Schlägen, die beinahe nicht weh taten; daß er ihm jetzt den Jammer seines Lebens vorwarf, verstand er wohl.

„Weiß schon,“ wiederholte er in einem Tone, durch dessen erzwungene Rechtheit unbewußt ein tiefer Schmerz drang.

Der Lehrer betrachtete ihn aufmerksam — er war das verkörperte Elend, der Biß! — Richtig durch die Schuld der Natur. Sie hatte es gut mit ihm gemeint und ihn kräftig und gesund ausgelegt; das zeigte die breite Brust, das zeigten die roten Lippen, die Karten, gelblich lämmerten Jähne. Aber die wohlwollenden Abkömmlinge der Natur waren zu Schanden gemacht worden durch harte Arbeit, schlechte Nahrung, durch Verwahrlosung jedes Art. Wie der Junge dastand mit dem wilden braunen Haarschädel, das den sichts gesunken Kopf unverhältnismäßig groß erscheinen ließ, mit den eingefallenen Wangen, den vorstehenden Badenknöpfen, die magere dorbe Gestalt von einem mit Löchern besetzten Rock aus gelbem Sommerstoff umhangen, die Füße mit Fingern unwidrig, bot er einen Anblick abgrund und furchtbar augenfällig, weil das Bewußtsein seines klüglichen Zustandes ihm nicht ganz verloren gegangen schien. Lange schwieg der Lehrer, und auch Pavel schwieg; aber immer verbrossener ließ er die Unterlippe hängen und begann verstohlen nach der Tür zu sehen, wie einer, der eine Gelegenheit zu entwischen wahrsuchte.

Da sprach der Lehrer endlich: „Sei nicht so dumm. — Wenn du aus der Schule draußen bist, sollst du denken: wie kann ich hinein, und nicht, wenn du drin bist, wie kann ich hinaus?“

Pavel stutzte; das war nun wieder ganz unerträglich und summte mit der weit verbreiteten Meinung überein, der Schülmeister vermöge die Gedanken der Menschen zu erzaubern.

(Fortsetzung folgt.)

Alle Kinder schauderten vor dem Wunder, das sich an ihnen vollziehen sollte

peßtig nichts einzuwenden. — **Haut** (Soz.) bittet, auch die Frist bei der Prüfung nicht zu vergessen. — **Vape** (strattl.) beschwert sich über verspätete Zustellung der Bürgerschaftsvorlagen. Die Frist von 5 Tagen müßte vielfach nicht eingehalten. Vorsitzender **Chleis** sagte rechtzeitige Zustellung und möglichste Einhaltung der in der Verfassung vorgesehenen Frist zu. Die Vorlage wird angenommen.

Antrag 2: Verstärkung der Mittel für die Milchküche. — **Ambroßius** (Dem.) tritt dafür ein, daß die Milchküche einer Molkerei angegliedert wird, um die Kosten zu verringern. Das Unternehmen arbeitet mit einem Staatszuschuß, da sei die Prüfung dieser Frage unabdingt nötig. Überstündig sei die umfangreiche Reklame dieses Instituts. — Senator **Bromme** hebt die legensche Tätigkeit, die hauptsächlich eine soziale Fürsorge für Säuglinge darstelle, hervor. Die Reklame in den Straßenbahnen sei unentgeltlich und habe nur den Zweck, die Bevölkerung auf diese soziale Einrichtung hinzuweisen. Die dort für Säuglinge ausgegebene Milch sei einwandfrei. Infolge des Staatszuschusses könne die Einrichtung, die unabdingt vorhanden sein müsse, auch den unbemittelten zugute. — **Ambroßius** (Dem.) entgegne, daß durch die Angliederung an eine Molkerei Milchversorgung nicht eingeschränkt, wohl aber die Kosten verhindert werden. Das Institut beziehe die Milch ja doch von der Molkerei, da könnten die Transporte nach manches andere gebracht werden. Nach einer kurzen Bemerkung von **Reimann** (DL), der gegen eine Prüfung nichts einzuwenden hat, wird die Vorlage mit dem Erfassen von Ambrosius angenommen.

Antrag 3: Mittel für das Waisenhaus. — Wird ohne Debatte angenommen.

Antrag 4: Ausschreibung des Kärt- und Bürgergeschlusses, betreffend die Ausschaltung eines Kaiser-Wilhelm-Denkmales. — Senator **Kuhnenkamp** hebt hervor, daß die Stadt sich in einer Zwangslage befindet. Das Denkmal, dessen Abbiebung ich verfügt hätte, müsse abgenommen werden. Bei den heutigen politischen Verhältnissen könne an einer Ausschaltung auf einen öffentlichen Platz in Frage kommen. Dieser frühere Beschluß müsse aufgehoben werden. Was soll nun aber mit dem Denkmal, das ein Kunstwerk ist, geschehen? Weite Kreise verlangen, daß es in angemessener Weise zur Geltung kommt. Die Überreichung an die Gesellschaft zur Förderung gemeinnütziger Tätigkeit zur Ausschaltung im Museum sei die beste Lösung. Bei der Entscheidung solle man sich nicht von Politik, sondern vom Kultur- und Kunstdenkmal seitens lassen. — **Haut** (Soz.): Der frühere Beschuß, der die Ausschaltung auf einen öffentlichen Platz vorsieht, muß aufgehoben werden. Diesen Teil der Vorlage werden wir annehmen, dagegen lehnt meine Partei den anderen Teil der Vorlage ab. Sie können die Annahme dieses Teiles der Vorlage nur ungern erwarten. Wir schlagen vor, daß der Senat das Denkmal in bestmöglichster Weise unterzeitig verwerten soll. — **Klein** (Dem.) kann das Verhalten der Sozialdemokraten wohl verstehen, wenn es sich um Wilhelm II. handelt. Solle nicht jetzt, wo es sich um Wilhelm I. handelt. Die ganze Frage drehe sich nicht um die Person, sondern lediglich um ein Kunstwerk. Diese Trennung sollten die Sozialdemokraten vornehmen. Mit der Ablehnung erweisen Sie zu den (Soz.) der Republik keinen guten Dienst. Nicht das politische Moment dürfe in dieser Sache entscheiden, sondern lediglich der Kunst- und Kulturwert. Man sollte lieber darüber sprechen, was Lübeck not tut. (Zuruf bei den Soz.: Aber kein solches Denkmal.) Man sollte sich, anstatt über diese Fragen zu streiten, lieber über den Wiederaufbau in Deutschland und die Hebung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unterhalten. Das ist nur durch Einigkeit des Volkes zu erreichen. Wir sind alle aufeinander angewiesen und sollten gemeinsam am Aufbau Deutschlands arbeiten. — **Haut** (Soz.) wendet sich sofort gegen den Redner. Wenn Klein unseren Standpunkt zu Wilhelm I. nicht verstehen kann, so muß ich schon sagen, daß dieser Mann in der Arbeiterschaft kein gutes Andenken hat. Er ist unter dem Namen „Kartätschenprinz“ bekannt. Außerdem ist unter seiner Regierung das Sozialistengesetz gegen unsere Partei verhängt worden. Tausende von Arbeitern mußten schwer leiden. Sie wurden von Haus und Hof gefangen und schwer bestraft. Als Reaktionären können wir, wenn wir uns nicht lächerlich machen wollen, keine Kaiserdenkmäler anstreben. Wenn Klein sagt, wir leisteten mit der Ablehnung der Republik einen schlechten Dienst, so ist solche Auffassung nur bei den Lübecker Demokraten möglich. Wie man die Hebung der Wirtschaft mit Denkmälern in Verbindung bringen kann, ist doch sonderbar. Diese Metale werden besser zu anderen Zwecken verwendet. Wenn die Unternehmer für die Lage der Arbeiter und Angestellten etwas mehr Verständnis zeigen würden, könnte manches besser in Deutschland sein. Dann wäre eine Annäherung und ein Wiederaufbau eher möglich. Soll ich daran erinnern, was früher alles mit dem Hindenburg-Denkmal geschehen ist? Etwas mehr taktische Klugheit von jenen Herrn hätte uns diese Auseinandersetzung erspart. — **H. Puls** (Soz.) unterstreicht die Ausschüsse **Hauts**. Wenn Künster Interesse an dem Werke haben, mögen sie es kaufen. Wir sind für das Wohl des Volkes eingetreten. Dieses Denkmal hat aber mit dem Volkswohl nichts zu tun. Der Antrag **Haut** muss angenommen werden. — **Reimann** (DL) bedauert den able-

nenden Standpunkt der Sozialdemokraten. Es gibt dann eine Erklärung ab, wonach in der heutigen Zeit des Klassenkampfes ein soziales Ereignis nicht zu seinem Recht kommen kann. Es würden aber bessere Zeiten kommen, wo solche Standbilder wieder öffentlich ausge stellt werden könnten. (Rufe bei den Soz.: **Chleis**!) — **Drege** (Soz.) wundert sich, daß Klein bezüglich der Wirtschaftspolitik solche Ausprüche machen könne. Das Wirtschaftliche kommt vor allem durch die Sabotierung weiter Kreise, die berufen sind, Deutschland zu zerstören. Während z. B. die Bergarbeiter die schwersten Opfer in wirtschaftlicher Hinsicht gebracht haben, kann man das von den Industriellen nicht sagen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Industriellen treiben nicht nur Sabotage, sondern wollen auch jetzt bei der Devisenhilfe ein gutes Geschäft machen, indem sie nach gemeinwirtschaftlichen Betrieben die Hände ausstrecken. Mit den ungeheuren Verlustungen gegen uns fördert man nicht die Einigkeit des Volkes. Wenn das Unglück noch größer wird, sind die Rechtspartei die Schuldigen, nicht wir. Über Klassenkampf will ich mit einem Deutschnationalen nicht streiten. Die von Ihnen (nach rechts) herbeigeführten Seiten werden nicht kommen. Das hat die gestrige Wahl bewiesen. (Sehr richtig! bei den Soz.) — Der erste Teil der Vorlage, der die Ausschaltung des Bechlusses über die Ausschaltung des Denkmals auf einen öffentlichen Platz fordert, wird angenommen; bezüglich auch der Ausschaltung auf anderweitige bestmöglichste Verminderung des Denkmals. Da beide Beschlüsse nur mit den Stimmen der Sozialdemokraten — nicht mit Zweidrittel-Mehrheit — gefasst werden, so ist eine zweite Abstimmung nötig.

Antrag 5: Bebauungsplan für Travemünde. — **Heintz** (DL) tritt für den Ausbau der Straßenbahn nach Travemünde ein, damit den Minderbemittelten der Besuch Travemündes ermöglicht wird. — **Baudirektor Balzer** befürwortet eine Rendierung in Punkt 3 und 6 der Vorlage, um später Rendierungen des Gesetzes vorzubringen. — Auch **Balzer** (Dem.) findet einige Fassungen in der Vorlage ungünstig. — Auf Antrag Dr. Götz (Dem.) wird die Vorlage an den Ausschluß zurückverwiesen.

Antrag 6: Errichtung einer Biologieklinik im Katharineum. — **Timmermann** (Soz.) erläutert namens des Ausschusses um Ausnahme der Vorlage. Es werden sich dann besonders gegen die Baubehörde, da sie die Soche sehr verschleppt habe. Die frühere Herstellung wäre auch weit billiger gewesen. — **Baudirektor Balzer** hält ein Bericht der Behörde zu, hält aber die Kritik des Redners durchweg nicht für berechtigt. — Die Vorlage wird angenommen.

Antrag 7: Verbesserungen auf dem Spielplatz Buntentorhof wird angenommen.

Antrag 8: Erlass eines Gesetzes über die zivilrechtliche Verantwortlichkeit der Mitglieder des Senates und der Behörden. — Dr. **Wittchen** (strattl.) wendet sich gegen einige Bestimmungen in der Vorlage und fordert die weitgehende Verantwortlichkeit der Senatsmitglieder. Senator Dr. **Stock** weist die Vorwürfe Dr. Wittchens zurück. — Die Vorlage wird angenommen.

Antrag 9: Erlass eines kleinen Nachtrages zum Südbadischen Gewerbege richtsgerichts. — **Schulmeyer** (Dem.) betont, daß der Ausschluß in Rücksicht auf das demnächst erwartende neue Arbeitsgericht nur die wichtigsten Fragen zur Erledigung bringen will. Die Vorlage wird mit den Änderungsanträgen des Ausschusses angenommen.

Antrag 10: Anlauf von Baugelände an der Trendelenburgstraße wird angenommen.

Antrag 11: Erlass eines Gesetzes über die Erhebung eines Hammerbeitrages. — **Rosenquist** (Dem.) stellt eine Anfrage über Hinzuziehung von Handwerkern zu bestimmten Fragen im Angabenausschluß. Die Frage wird vom Wortführer dahin beantwortet, daß Fachleute hinzugezogen werden können. — Die Vorlage wird angenommen.

Antrag 12: Prinzipieller Antrag, betreffend die Neuregelung der Beihilfeverhältnisse der Beamten, der Senatsmitglieder und der Angestellten. — **Reimann** (Dem.) fordert für die Hilfslehrer die Auszahlung der Zuschläge in voller Höhe und rümpft eine andere Gehaltserregelung dieser Gruppe. — Senator Dr. **Bermehren** betont, daß Preisen diesen jungen Leuten einige Vorteile gewährt habe, man solle aber auch nicht die Nachteile zuerst betrachten, die in Preisen gegenüber Lübeck bestehen. Sollte eine Eingabe in dieser Frage seitens der Organisation erfolgen, so würde sie prüft werden. — **Klein** (Dem.) verweist auf die Kostfrage der Pensionskasse und Hinterbliebenen und fordert baldige Hilfe. — Senator Dr. **Bermehren** erwidert, daß diese Vorschriften nicht sofort erfüllt werden können, da der Reichsfinanzminister Einspruch erheben hätte. Ein Vorwurf würde aber auch hier gegeben. Im übrigen müsse des Pensionsgesetz dem Reichsrecht angepaßt werden. — **Haut** (Soz.) erläutert, daß die untenen Beamten mit Recht Einspruch gegen das Gehaltsgleichgewicht erhoben hätten, da zu ungleich versfahren worden sei. Er spricht den Wunsch aus, daß der Senat seinen Rechtsvertreter die Anweisung gibt, gegen solche Ungerechtigkeiten vorzugehen. Die Summen entsprechen nicht den tatsächlichen Verhältnissen, sie sind zu niedrig. Auch den Underherrn hätte der volle Zuschuß gegeben werden müssen. Wir haben lediglich darum von Anträgen abgesehen, um die Sache nicht zu verschleppen. — Senator Dr. **Bermehren**: Nicht nur bei den höheren Beamten, sondern auch bei den höheren entsprechen die Summen nicht den Bedürfnissen. Es handelt sich aber jetzt vornehmlich darum, die Vorlage schnell zu erledigen. — Die Vorlage wird angenommen.

Antrag 13: Erhöhung der Bezüge der Altersunterstützungsempfänger. — Wird angenommen.

Antrag 14: Entlastung der Lehrkräfte der Privatschulen sowie des Museumsdirektors Dr. Heise und der Angestellten des Museums. — **Drege** (Soz.) verlangt eine baldige Prüfung der Frage ob den hier in Betracht kommenden Angestellten anstatt 75 Proz. nicht das volle Gehalt gegeben werden kann. — Nachdem **G. Bartels** (Dem.) einige Wünsche der Lehrkräfte an Privatschulen vorgebracht hat, wird die Vorlage angenommen.

Antrag 15: Erhöhung der Bezüge der Altersunterstützungsempfänger. — Wird angenommen.

Antrag 16: Unterstützung der Witwe des Lehrers Drege. — Wird angenommen.

Antrag 17: Erhöhung der Gewerbebeuer. — **Rosenquist** (Dem.) bedauert, daß die Kasse um nicht von der Steuer erfaßt werden und stellt einen Antrag auf Streichung der Summe von 10 000 und 15 000 M. Die Geldentwertung sei inzwischen immer größer geworden, jedoch diese Summen nicht mehr in Betracht kommen könnten. — Gegen diese Rendierung wendet sich Senator Dr. **Bermehren**. — Die Vorlage wird angenommen; der Antrag Rosenquists abgelehnt.

Darauf wird über den Ausschukbericht, betreffend den Fortbestand der Baugewerks- und Seemannsschule verhandelt. — **Ambroßius** (Dem.) hält einen eingehenden Prüfung für notwendig. Bisher sei schon ein bedeutender Staatszuschuß gezahlt worden, der mit der Steigerung der Gehälter der Lehrkräfte immer größer wird. — **Wandke** (Dem.) tritt lediglich für den Fortbestand der Schule und für eine ruhige Entwicklung derselben ein. — **H. Puls** (Soz.) betont, daß er kein Gegner dieser Schule sei. Sie dürfe aber nicht auf Kosten der Volksschulen aufrecht erhalten werden. Das Gewerbe selber müsse die Baugewerkschule unterstützen. Auf Kosten der Allgemeinheit durch der Unterhalt nicht bestritten werden. — Senator Dr. **Bermehren** erklärt, daß die Volksschule unter dieser Schule nicht leidet. Es sei eine Kulturerziehung, die nicht aufgegeben werden dürfe. — **Ambroßius** (Dem.) will nochmals für eine Prüfung ein. Der Zuschuß beträgt bei 120 Schülern im Winter pro Jahr 500 000 M. **Haut** (Soz.) ist für den Antrag Ambrosius. Eine genaue Prüfung könne nichts schaden. Vorteile und Nachteile müßten gegeneinander abgewogen werden. — **H. Puls** (Soz.) verzerrt nochmals lebhaft seinen Standpunkt. — **Kaschoborn** (Soz.) will dem Antrag Ambrosius nicht folgen und erucht um dessen Ablehnung. Der Ausschuk verlangt von der Oberstufbehörde einen Bericht. Nach diesem könne die Prüfung der Sache weiter erfolgen. Der Antrag Ambrosius wird abgelehnt; die Vorlage angenommen.

Antrag 18: Verordnung der Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel wird mit einem Antrag Ambroßius, der die früher beschlossene Summe für die Abbildung der Wohnungsbeschaffungsmaßnahmen wieder einführt, angenommen.

Antrag 19: Fürsorge für erwerbsbehinderte Kapitalkleinrentner und Rentenempfänger sowie Gewährung von Unterstützungen an erwerbstätige Blinde, wird nach unerlässlicher Debatte angenommen.

Antrag 20: Verstärkung der Mittel für das Stadtheater, wird darauf zunächst zur Beratung gestellt und ohne Debatte angenommen.

Antrag 21: Nachtrag zum Gesetz betreffend die Beisetzung der Körper verendeter Tiere und die Beseitigung von Tierresten sowie Erstaltung von Verlusten und Gewährung einer Entschädigung und eines Vorzuges an den Eigentümern der Tierkörperverwertungsstelle. — Senator **Mohrle** leitet sich gegen den im Ausschukbericht enthaltenen Vorwurf der Verzögerung durch das Polizeiamt. — **Heintz** (DL) hält diesen Vorwurf aufrecht. — Dr. **Hempel** erklärt, das Polizeiamt sei schuldlos, es hätten erst viele zeitrauhende Erhebungen ange stellt werden müssen. — **Haut** (Soz.) betont, daß durch das ungeheure Verhalten der Landwirte, wie der Ausschukbericht selber sage, ein großer Schaden entstanden sei. — **Heintz** (DL) bestreitet das. Die dort geäußerte Ansicht sei mir eine Vermutung. — Die Vorlage wird angenommen.

Setzerfassen.

Neuwahlen zur Angestelltenversicherung. Die Amtsduale der zu den Ehrenbürgern in der Angestelltenversicherung Gewählten war durch Verordnungen aus der Kreiszeit bis zum 31. Dezember 1921 verlängert worden. Die Neuwahlen werden daher in Kürze stattfinden. Die einschlägigen Wahlordnungen sind unverändert geblieben. Zum allgemeinen Wahlleiter ist der Präsident des Oberschiede gerichts für Angestelltenversicherung, Professor Dr. **Loh** in Berlin bestellt. Das Nähere wegen der als bald vorzunehmenden Neuwahlen werden die Regierungen der einzelnen Länder bestimmen.

Maßnahmen gegen den Ausverkauf. Zur Verhinderung des Ausverkaufs in den Grenzbezirken an der badisch-schweizerischen Grenze, der westlichen Reichsgrenze und der deutsch-dänischen Reichsgrenze hatte der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sich am 17. Oktober d. Js. mit einer Eingabe an den Reichskanzler gewendet. In Beantwortung dieser Eingabe hat jetzt der Reichsminister des Bundesvorstandes mitgeteilt, daß nun den zuständigen Reichsbehörden folgende Maßnahmen getroffen wurden: Die Landesfinanzämter sind angehalten worden, die von ihnen für den kleinen Grenzverkehr gewährten Ausfuhrerleichterungen einer sofortigen Abschaffung zu unterziehen und ihre Auflösung vorzunehmen, soweit die veränderte Wirtschaftslage es erfordert. Ferner ist die Ausfuhrfreiheit einer Reihe von Waren, für welche die Gefahr des Ausverkaufs besteht, für den kleinen Grenzverkehr durch Zulässigung von Ermächtigungen des Reichskommissars für Aus- und Einführungsbewilligung und durch nun mit erlaubte Ausfuhrverbote aufgehoben worden. Weiterhin ist die Auflösung der den Laden geschäftigen einiger Grenzfähnle zur Benutzung im kleinen Grenzverkehr erteilten Sonnellaufserlaubnisse — soweit zur Belebung der Märkte notwendig — angeordnet oder empfohlen worden. Schließlich, so ist zur Verhinderung der Entstehung der Ladenstättigkeit von Gegenständen des täglichen Bedarfs durch reisende Ausländer im Interesse der Versorgung der inländischen Bevölkerung ein Verbot der Ausfuhr von Gegenständen des täglichen Bedarfs im Reiseverkehr erlassen. Zur Durchführung der so genannten Anordnungen ist vom Herrn Reichsminister des Finanzamtes für sofortige Verstärkung der Grenzüberwachung Sorge getragen worden. — Bezüglich der deutsch-dänischen Grenze ist im besonderen zu bemerken, daß neben den vorangenannten Maßnahmen vom Reichskommissar für Aus- und Einführungsbewilligungen eine innerer Wirtschaftseinheit seinem Amtsbeamten Beauftragten mit Rücksicht auf die teilweise hebräische Sache der Deutschen in dem an Danzig an gesetzten Teil Schlesiens beständlichen Deutschen erlaubte Ermächtigung, Ausfuhrerlaubnisse auch für Lebensmittel, soweit sie nicht zentralisiert sind, in erster, zurückgeworfen werden ist. Zu prüfen, ob nicht eine Einschränkung des Grenzbezirks, in welchem die für den Grenzverkehr gewährten Ausfuhrerleichterungen Geltung haben, angezeigt sei.

Aus aller Welt.

Aushebung einer Falschmünze. Den vorsorgelosen Beziehungen der verschiedenen Kriminalbehörden ist es gelungen, einem schwunghaften Handel mit gefälschten ausländischen Geldscheinen auf die Spur zu kommen. Schon seit längerer Zeit tauchten in den verschiedensten deutschen Städten in großem Umfang falsche Holländische Guldennoten auf. Zunächst 25-Guldennoten, dann besonders die 50-Guldennoten. Die geschickte Niederländische Polizei antstand zur Entstiftung der Falschmünzestadt, die man in Deutschland vermutete, den Chef der politischen Abteilung der holländischen Polizei, Inspektor Broekhoff, nach Berlin, wo sich dieser mit dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten in Verbindung setzte. In Berlin erfuhr der holländische Kriminalkommissar von Liebermann, daß bereits eine aussichtsreiche Spur zur Aufdeckung der Fälschungen verfolgt wurde. Wenige Tage später gelang die Ausschaltung der Werkstatt und die Verhaftung der ganzen Gesellschaft in Berlin und in Bremen. Dabei stellte sich heraus, daß man es mit gemeinsamen Falschmünzen zu tun hatte, die sich ausschließlich mit der Herstellung ausländischer Banknoten beschäftigen. Mehrere Berliner Schieber hatten bereits vor zwei Jahren durch Vermittlung des Barmer Händlers Paul Grüner den Steindruckmeister August Hesse von dort falsche Kerosin-Kubelnoten in Auftrag gegeben. Längere Zeit hindurch wurden dann Kupferkubelnoten „fertiggestellt“. Als dann das Drucken der Kupfernoten nicht mehr einträglich genug war, mache sich die Gesellschaft an die Nachahmung holländischer Guldennoten. Auch diese wurden wieder von dem Steindruckmeister Hesse, der wegen der Fälschungen der Kubelnoten, Strafaufschluß erhalten hatte, gedruckt. Dieser ist Vater von elf Kindern und hat fast nur aus Not versteuert lassen, und mit einer geringen Entschädigung erhalten. Insgesamt wurden 14 Personen verhaftet, die Platten und andere Geräte beschlagnahmt.

Schönzeit für Kröpfe. Die französischen Kröpfe, die früher den Feindmänner als ein „edles Wild“ galten, erhalten nun ihre Schönzeit, ebenso gut wie Hasen und Rehe. Der Präfekt des Seine-Bezirks Marceau hat an dieser Maßnahme auf Grund von Beschwerden der Pariser Liebhaber von Kröpfchenkäfign ergriffen, die sich darüber beschweren, daß diese dem gallischen Gaumen so

alle Hautureinigungen und Hautausschläge, wie Miesse, Flüchten, Blüten, Pickel, Pusten u. s. w. zu vertrieben, besteht in täglichem Waschen mit dem echten

Steckendorff-Tendruef-Seife von Bergmann & Co., Reichenbach.

Obst erlaubt.

(906)

DAS CORALUS

alle Hautureinigungen und Hautausschläge, wie Miesse, Flüchten, Blüten, Pickel, Pusten u. s. w. zu vertrieben, besteht in täglichem Waschen mit dem echten

Steckendorff-Tendruef-Seife von Bergmann & Co., Reichenbach.

Obst erlaubt.

